

ArbeitnehmerInnenrechte und Rechte von MigrantInnen im Spannungsfeld

Mittwoch 28. Mai - Ort: Haus Eckstein, Sebalder Saal, Raum 1.01
Uhrzeit: 20.00 Uhr

Diskussionsveranstaltung mit **Horst Schmitthenner (IG Metall, Verbindungsbüro Soziale Bewegungen)** und **Hagen Kopp (Kein Mensch ist illegal)**

Die Forderung nach "Globalen Sozialen Rechten" wird in der globalisierungskritischen Bewegung in letzter Zeit intensiv diskutiert. Im Herbst 2007 haben medico international, Attac, die IG Metall (FB Grundsatzfragen) und das Netzwerk „Kein Mensch ist illegal“ eine Plattform der Initiative für Globale Soziale Rechte ausgearbeitet. Mittlerweile nimmt auch Greenpeace an der Initiative teil.

Hinter der Forderung nach Globalen Sozialen Rechten steckt die Idee, die verschiedenen Kämpfe von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen im globalen Maßstab miteinander zu verbinden und - wie es in der Plattform heißt - "der Globalisierung des Kapitals, der Märkte und der Waren mit einer Globalisierung der Sozialen Rechte zu begegnen". Denn die Kämpfe können nur dann erfolgreich geführt werden, wenn sie sich nicht auf nationale Grenzen oder auf Europa beschränken, sondern als globales Projekt gesehen werden.

Welche konkreten Forderungen verbergen sich hinter den Globalen Sozialen Rechten? Inwiefern eignen sie sich, eine gemeinsame Perspektive für soziale Kämpfe zu bilden? Was sind die Widersprüche zwischen einzelnen Forderungen und Akteuren und wie kann damit umgegangen werden? Wer gewährt diese Rechte?

Es ist z.B. offensichtlich, dass es zwischen den Forderungen der ArbeitnehmerInnen und MigrantInnen ein Spannungsfeld gibt. So berechtigt die Forderung nach Verteidigung der über Jahrzehnte erkämpften oder zugestandenen Lohnstandards ist, so wenig kann das Recht der MigrantInnen, das Ausbeutungsgefälle zu überwinden, abgestritten werden.

Wie soll mit diesen Widersprüchen umgegangen werden? Beispiele für Neuansätze gibt es: In den USA gelang es mit der Justice-for-Janitors-Kampagne für Reinigungskräfte, illegalisierte bzw. rechtlose MigrantInnen gewerkschaftlich zu organisieren. Der Europäische Wanderarbeitsverein, von der IG BAU initiiert, nutzt das Mindestlohngesetz im Bausektor, um osteuropäische Wanderarbeiter gegen Lohnbetrug zu unterstützen. Ist der Mindestlohn also die wichtigste Voraussetzung einer gemeinsamen Gegenwehr von migrantischen und einheimischen ArbeiterInnen? Und wäre es darüber hinaus nicht notwendig, gewerkschaftliche Bewegung in neuen Formen zu internationalisieren?

Veranstalter in Nürnberg: Sozialforum Nürnberg; Evangelische Studierenden Gemeinde (ESG)

Mitveranstalter: IG Metall Nürnberg; Attac Nürnberg. Angefragt; IPPNW

Unterstützerguppen: ver.di Bezirk Mittelfranken; ver.di Bildung + Beratung; GEW Mfr.; Sozialforum Fürth; Linke Liste Nürnberg; Freie Flüchtlingsstadt; Friedensforum; Bündnis Aktiv für Menschenrechte Nürnberg; Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen; DIDF; ANA (Aktionsgemeinschaft Nürnberger Arbeitsloser);

www.globale-soziale-rechte.de

